
LVBS –

4. Jahrgang – Mai/Juni 2008

Aus dem Inhalt:

	Seite
○ Hochschultage Berufliche Bildung 2008	2
○ Schule-Arbeitswelt: Den Übergang gestalten	3
○ Tarifpolitik	4
○ Arbeitsrecht	6
○ Mitgliederservice	7
○ ÖPR - Stammtischreport	7
○ Förderung der kaufmännischen Bildung im Visier	8
○ Traditionen in unserem Berufsschullehrerverband	10
○ Berufsbildungspolitik	11

Herausgeber:

Lehrerverband Berufliche Schulen Sachsen
Strehleener Platz 2 - 01219 Dresden

Hochschultage Berufliche Bildung 2008

Vom 12. bis 14. März 2008 fanden an der Ludwig-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg die Hochschultage 2008 zur beruflichen Bildung statt. Zwei Vortragsreihen, 18 Fachtagungen und 26 Workshops umrissen die gesamte Bandbreite von der Erstausbildung über die Fortbildung bis zur beruflichen Weiterbildung, von der Ausbildung im Betrieb, in der Berufsschule bis hin zu den Hochschulen.



Als das zentrale Rahmenthema wurde

Qualität auf verschiedenen Ebenen der Berufsbildung

gewählt, da Qualität auf den verschiedenen Ebenen der Berufsbildung immer relevanter wird. Verschiedene Einheiten sind in diesem komplexen Gefüge auszumachen:

Lernende, Trainer(innen), Lehrkräfte oder andere pädagogische Professionals:

Für pädagogische Professionals und ihre Gegenüber, die Lernenden in der beruflichen Bildung, wird versucht, Soll-Merkmale zu bestimmen und Formen der Diagnose bzw. des Assessments zu finden. Auf einer übergeordneten Ebene wird versucht, die so – normativ (Qualitätsplanung) oder deskriptiv (Qualitätsüberprüfung) – fixierten Kompetenzen in europäischen Qualifikationsrahmen (EQR/EQF) und deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) abzubilden und, etwa mit Hilfe eines europäischen Kredittransfersystems (ECVET), konvertibel zu machen.

Unterricht/Training:

Die Unterrichtsevaluation wird zurzeit noch stark von wenigen Ansätzen in der pädagogischen Psychologie dominiert. Demgegenüber konzentriert sich die Trainingsevaluation immer noch stark auf die Frage nach dem Return-on-Investment (ROI). Für die berufliche Bildung stellt sich die Frage nach spezifischen Qualitätsmerkmalen beruflicher Lehr- und Lernprozesse.

Institutionen:

Bildungsinstitutionen – Schulen, Unternehmensabteilungen, Betriebe, Weiterbildungseinrichtungen – sind in den letzten Jahren zunehmend einer Evaluation verpflichtet worden. Bildungsabteilungen in Unternehmen stehen unter einem hohen Druck der Rechenschaftslegung.

Auch berufliche Schulen sind – obwohl PISA berufliche Schulen nicht berücksichtigte – in den Sog des Qualitätsdiskurses gekommen.

Zusammenspiel von Institutionen:

Für das Zusammenspiel von Institutionen in der beruflichen Bildung – vor allem das Zusammenspiel von Unternehmen und beruflichen Schulen – werden schon lange Soll-Vorstellungen, vornehmlich in Appellen, geäußert. Unterentwickelt sind demgegenüber Fragen des Zusammenspiels anderer Institutionen, z. B. solcher der beruflichen Bildung mit denen der Sozialarbeit oder von Universitäten und beruflichen Schulen beispielsweise im Rahmen dualer Studienmodelle. Auch für die Qualitätsüberprüfung liegen allenfalls erste Überlegungen aus der Netzwerktheorie vor.

Bildungssystem:

Seit PISA kann die Diskussion um Bildungsqualität zur prime-time im Fernsehen geführt werden. In der beruflichen Bildung wird die Diskussion um die Systematisierung der Kompetenzen unter dem Stichwort „EQF“ (European Qualifications Framework) und „DQR“ (Deutscher Qualifikationsrahmen) geführt. Für den beruflichen Bereich stellt sich dabei beispielsweise die Frage, wie sich das Verhältnis von Bachelor- und Master-Abschlüssen der klassischen Hochschulwelt mit den schulischen Abschlüssen und den Abschlüssen in der Weiterbildung austarieren wird bzw. austarieren lässt.

Die Auseinandersetzung um Qualität beruflicher Bildung betrifft systematisch alle genannten Ebenen, die in einer komplexen Wechselwirkung stehen. In den Auseinandersetzungen auf den Hochschultagen bot sich in den Vorträgen, Workshops und Fachtagungen eine Konzentration auf eine dieser Ebenen an.

Auch innerhalb dieser Ebene lassen sich Schwerpunkte, z. B. auf der Ebene der Lerner die Konzentration auf Lerner mit Migrationshintergrund, bilden.

(Quelle: Veröffentlichung der Uni Erlangen-Nürnberg zu den HS-Tagen)

Bildungspolitik

Schule-Arbeitswelt:

Den Übergang gestalten

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) betreut ab sofort das Internetportal des Programms "Schule - Wirtschaft/Arbeitsleben" (www.swa-programm.de). Das Programm hatte sich zum Ziel gesetzt, Modelle für einen besseren Übergang von Jugendlichen von der Schule in die Berufsausbildung ("erste Schwelle") zu entwickeln und zu erproben. Bis zum Ende der Laufzeit im Dezember 2007 beschäftigten sich bundesweit 46 Projekte mit zahlreichen Orientierungs-, Kompetenz- und Koordinationsaufgaben, die es beim Übergang von der Schule in Arbeit und Beruf zu bewältigen gilt. Gefördert wurden die innovativen Projekte vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Zusammenarbeit mit den Ländern. Die Finanzierung erfolgte teilweise mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds.

Das Internetportal wird künftig vom Good Practice Center (GPC) für Benachteiligtenförderung im BIBB gepflegt, das seine Transferaufgaben somit erweitert. Ziel ist es, die im SWA - Programm erarbeiteten guten Ansätze und Ergebnisse weiter verfügbar zu halten - vor allem für kommunale Fachkräfte in Schulen, für die Jugendhilfe oder die Wirtschaft.

Die geförderten Projekte arbeiteten zu fünf gemeinsamen Themen:

- Förderung vorberuflicher Handlungskompetenz,
- neue Kooperationsformen zwischen Schule und Arbeitswelt,
- Unterstützung spezifischer Zielgruppen an der "ersten Schwelle",
- innovative Berufsvorbildung unter Nutzung des Internets
- systematische Entwicklung und Organisation von Berufsorientierung im Schulalltag.

Das Internetangebot beinhaltet unter anderem eine nach Ländern gegliederte Übersicht der abgeschlossenen Projekte. Die Projektergebnisse und erarbeiteten Materialien stehen in einer separaten Rubrik zur Verfügung. Das Portal enthält zudem umfangreiche Literaturhinweise zum Thema "Berufsorientierung". Dokumentiert sind auch zahlreiche Fachveranstaltungen sowie weitere Texte der wissenschaftlichen Programmbegleitung.

Weitere Informationen unter www.swa-programm.de

Inhaltliche Auskünfte im BIBB erteilt:

Dr. Friedel Schier, Tel.: 0228/107-1328;

E-Mail: schier@bibb.de

(Nach der BIBB - PRESSEMITTEILUNG 09/2008 vom 28.02.2008)

TARIFPOLITIK

DBB UNTERSTÜTZT VORSTOSS ZUR PENDLERPAUSCHALE - FAHRTKOSTEN MÜSSEN VOM ERSTEN KILOMETER AN ABSETZBAR SEIN

Der dbb unterstützt Bestrebungen zur Wiedereinführung der alten Pendler-pauschalen-Regelung.

Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen sagte am 25. März 2008: „Wir haben immer die Auffassung vertreten, dass Fahrtkosten zum Arbeitsplatz zwingend Werbekosten sind. Sie müssen vom ersten Kilometer an auch als solche absetzbar sein.“ Viele Geringverdiener im öffentlichen Dienst, die als Pendler darauf angewiesen seien, mit ihrem Privatwagen zur Arbeit zu fahren, würden unter der gekürzten Pendlerpauschale leiden. „Deshalb halten wir die Rückkehr zur ursprünglichen Regelung für ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit“, unterstrich Heesen.

Die große Koalition hatte sich im November vergangenen Jahres darauf verständigt, die geltende Kürzung der Pendlerpauschale beizubehalten, nach der Millionen Pendler seit 2007 keine Fahrtkosten mehr absetzen können, weil die ersten 20 Kilometer bei der Steuer nicht mehr berücksichtigt werden. „Und das, obwohl von einer Notlage der öffentlichen Haushalte, mit der die Kürzung einst begründet worden war, nun keine Rede mehr sein kann“, kritisierte Heesen. „Das war eine klare Missachtung des Bürgerwillens. Und nicht umsonst hatte der Bundesfinanzhof die Kürzung als schreiende Ungerechtigkeit bezeichnet und das Bundesverfassungsgericht eingeschaltet.“ Der dbb Chef appellierte an die Verantwortlichen, die Entscheidung nochmals zu überdenken. „Wir fordern eine Rückkehr zur alten Pendlerpauschale - Absetzbarkeit vom ersten Kilometer an.“

(nach: dbb newsletter 039/2008)

ÖFFENTLICHER DIENST DROHT BEI NACHWUCHSGEWINNUNG INS HINTERTREFFEN ZU GERATEN – EINKOMMENSVERBESSERUNGEN NOTWENDIG

Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat erneut Verbesserungen bei der Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst gefordert. „Wir sehen uns dabei durch jüngste Aussagen der Bundesregierung bestärkt“, sagte Heesen am 20. März 2008 in Berlin. Die Bundesregierung hatte in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestags (Drucksache 16/8231) zum Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst, dass die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs vor allem für bestimmte technische Laufbahnen (*aber auch die Gewinnung von Lehrerinnen und Lehrern für die beruflichen Schulen – Anmerkung des LV*) in Zukunft schwieriger und aufwendiger werden wird.

„Schön dass die Politiker das endlich einsehen. Wir weisen seit langem darauf hin, dass die demographische Entwicklung in naher Zukunft dieses Problem noch verschärfen wird“, sagte Heesen. „Allen Verantwortlichen muss allerdings klar sein: **Wenn Jobs im öffentlichen Bereich für junge qualifizierte Fachleute attraktiv sein sollen, gehört dazu neben anderen Faktoren vor allem eine angemessene Bezahlung.**“ Nachweislich hätten die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst in den vergangenen Jahren Einkommensverluste von über zehn Prozent hinnehmen müssen. „Damit sind sie gegenüber Beschäftigten in der privaten Wirtschaft klar im Nachteil. Von Konkurrenzfähigkeit kann keine Rede mehr sein. Das sehen natürlich auch junge Menschen, die auf der Suche nach lohnenden beruflichen Möglichkeiten sind.“

Aus der Antwort der Bundesregierung geht hervor, dass „es bei Naturwissenschaftlern (Physiker, Chemiker, Ärzte), im Bereich der IT, im Sprachendienst und bei qualifizierten Ingenieuren verschiedener Fachrichtungen deutlich weniger Bewerbungen“ gibt, „so dass es in diesen Bereichen schwierig ist, eine offene Stelle qualifiziert zu besetzen“. Die Bundesregierung beobachte die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Bewerberlage und das vorhandene Personal - in den nächsten zehn Jahren werden rund 69.000 Beschäftigte (23.658 Beamte, 45.413 Arbeitnehmer) in den Ruhestand treten. Etwa ab 2015 werde es zu einem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials kommen. Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes müsse weiter verbessert werden. Wichtige Faktoren hierfür seien interessante und vielfältige fachliche Aufgaben und berufliche Perspektiven, um Eigenverantwortung, Motivation und Leistungsbereitschaft zu fördern, aber auch flexible Arbeitszeitmodelle, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung.

„Das sehen wir genauso“, unterstrich Heesen. „Die Auffassung der Bundesregierung allerdings, dass die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst entsprechend der allgemeinen Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse erfolgt ist, hat mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun.“ Dem stünden Nullrunden, Kürzungen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld und längere Arbeitszeiten entgegen. „Damit muss endlich Schluss sein. Wir brauchen jetzt spürbare Einkommenszuwächse. Wenn der öffentliche Dienst eine Zukunft haben soll, muss er gerade auch für Berufseinsteiger attraktiv und auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig sein.“

(nach: dbb newsletter 038/2008)

ARBEITSRECHT

Anspruch auf Gewährung von Altersteilzeit nach dem Altersteilzeitgesetz läuft zum 31.12.2009 aus

Durch Altersteilzeitarbeit soll älteren Arbeitnehmern ein gleitender Übergang vom Erwerbsleben in die Altersrente ermöglicht werden.

Die Bundesagentur für Arbeit (Bundesagentur) fördert durch Leistungen nach diesem Gesetz die Teilzeitarbeit älterer Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit **ab Vollendung des 55. Lebensjahres spätestens ab 31. Dezember 2009** vermindern und damit die Einstellung eines sonst arbeitslosen Arbeitnehmers ermöglichen.

Leistungen nach diesem Gesetz und dem Tarifvertrag Altersteilzeit (TV ATZ) werden gewährt für

- (1) Arbeitnehmer, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, eine Beschäftigungszeit von fünf Jahren vollendet haben und innerhalb der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersteilzeitarbeit mindestens 1080 Kalendertage in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch gestanden haben,
- (2) Arbeitnehmer, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und die übrigen Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllen, haben Anspruch auf Vereinbarung eines Altersteilzeitarbeitsverhältnisses. Der Arbeitnehmer hat den Arbeitgeber drei Monate vor dem geplanten Beginn des Altersteilzeitarbeitsverhältnisses über die Geltendmachung des Anspruchs zu informieren; von dem Fristenfordernis kann einvernehmlich abgewichen werden.
- (3) Der Arbeitgeber kann die Vereinbarung eines Altersteilzeitarbeitsverhältnisses ablehnen, soweit dringende dienstliche bzw. betriebliche Gründe entgegenstehen.
- (4) Das Altersteilzeitarbeitsverhältnis soll mindestens für die Dauer von zwei Jahren vereinbart werden. **Es muss vor dem 1. Januar 2010 beginnen.**

Danach laufen die Ansprüche auf Abschluss eines Altersteilzeitvertrages zum 31. Dezember 2009 aus.

Nach TV-L, § 44, Sonderregelungen für Lehrkräfte, Nr.4, endet das Arbeitsverhältnis jeweils zum 31. Januar bzw. 31. Juli des Jahres, in dem die Lehrkraft das gesetzlich festgelegte Alter zum Erreichen einer abschlagsfreien Regelaltersrente vollendet hat.

In Anlehnung an diese Regelung kann die Sächsische Bildungsagentur (SBA) als Arbeitgeber bei Abschluss von Altersteilzeitverträgen auf den 1. August 2009 als letztmöglichen Termin für einen Vertragsbeginn orientieren.

Wir empfehlen Kolleginnen und Kollegen, die sich mit dem Gedanken tragen, einen Altersteilzeitvertrag abzuschließen, sich mit ihrer personal verwaltenden Stelle in Verbindung zu setzen und einen Beratungstermin zu vereinbaren.

Im Vorfeld muss die Kontenklärung beim zuständigen Rentenversicherungsträger erfolgen. Dieser informiert dann auch über den frühest möglichen Renteneintrittstermin.

(Ausschuss Dienstrecht)

MITGLIEDERSERVICE

Rechtsberatung für LVBS – Mitglieder

Das dbb – Dienstleistungszentrum Ost bietet für die Mitglieder unseres Landesverbandes auch im Jahr 2008 wieder eine kostenlose juristische Beratung in Arbeitsrechtsangelegenheiten an.

Diese Beratung findet jeweils von **10:00 – 18:00** Uhr an folgenden Tagen beim

beamtenbund und tarifunion sachsen (Landesgeschäftsstelle)
Theresienstraße 15
01097 Dresden

statt: **07.05.2008** **04.06.2008** **02.07.2008**
06.08.2008 **03.09.2008** **01.10.2008**
05.11.2008 **03.12.2008**

Zur Vermeidung längerer Wartezeiten empfehlen wir unter 0351/4 71 68 24 eine vorherige Terminvereinbarung.

Beratung in Renten-, Versorgungs- und Beihilfe- fragen:

Zu nachfolgend aufgeführten Terminen findet in der Landesgeschäftsstelle des

beamtenbund und tarifunion sachsen
Theresienstraße 15
01097 Dresden

jeweils von 8:00 bis 17:00 Uhr die Beratung zu Renten-, Versorgungs- und Beihilfefragen

statt: **22.05.2008** **26.06.2008** **24.07.2008**
28.08.2008 **25.09.2008** **23.10.2008**
27.11.2008 **18.12.2008**

Zur Vermeidung längerer Wartezeiten empfehlen wir unter 0351/4 71 68 24 eine vorherige Terminvereinbarung.

LVBS - Bezirksverband Dresden

ÖPR - Stammtischreport

Am 27.02.2008 fanden sich die ÖPR - Vorsitzenden des Bereiches Dresden der SBA wieder an ihrem Stammtisch ein.

Ein intensiver Erfahrungsaustausch prägte den Nachmittag in der Gaststätte „Zum Schießhaus“.

Es waren wieder fast alle Berufsschulen vertreten. Nur das BSZ für Ernährung fehlte trotz persönlicher und bestätigter Einladung wieder.

Schwerpunkt war diesmal das Thema aktuelle Tarifverhandlungen.

Herr Papst (PVS) als direkter Verhandlungspartner und damit auch Vertreter des LVBS war diesmal Gast und stellte uns den Stand der Verhandlungen besonders hinsichtlich der leistungsabhängigen Entlohnung vor. Er forderte in diesem Zusammenhang alle Kollegen der Berufsschulen auf, ihre Anregungen, Forderungen oder Hinweise zum Tarifvertrag und den weiteren Verhandlungen an ihn zu übermitteln.

Der nächste Stammtisch ist wieder für Ende September/Anfang Oktober festgelegt worden.

Als Schwerpunkte wurden vorgeschlagen:

- Bewältigung der ÖPR - Routinearbeit
- Vorbereitung einer Personalversammlung
- Vorbereitung des ÖPR - Rechenschaftsberichtes

Die ÖPR-Vorsitzenden sind dazu schon jetzt wieder recht herzlich eingeladen und erwarten bitte die exakte Terminmitteilung mit dem persönlichen Anschreiben.

Andreas Adler
Bezirksvorsitzender

Briefe effektiv und kostengünstig an den LVBS-Landesvorstand per E-Mail:

kontakt@lvbs-sachsen.de

Förderung der kaufmännischen Bildung im Visier

Die Stiftung Wirtschaft und Erziehung wurde im Jahre 2002 vom Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen mit dem Ziel gegründet, die kaufmännische Aus- und Weiterbildung einschließlich Lehrerbildung zu fördern. Seit dieser Zeit hat die Stiftung diese Ziele über Wettbewerbe, Seminare, vielfältige Gespräche mit der ausbildenden Wirtschaft und diversen Veröffentlichungen umgesetzt.



Bekannte Firmen wie die METRO AG Düsseldorf, BB-Bank eG. Karlsruhe, Böhringer Ingelheim GmbH, EDEKA AG Hamburg, EnBW AG Karlsruhe, FIDUCIALI AG Karlsruhe, Landes Bausparkasse Karlsruhe/Stuttgart, RWE AG Essen, Würth GmbH & Co. KG Künzelsau, aber auch die Stadt Karlsruhe und die Dietmar-Hopp-Stiftung gehören zu den Sponsoren der Stiftung und finanzieren ausgeschriebene Wettbewerbe und Seminare. Sie bezeugen damit, dass die Ziele der Stiftung für die ausbildende Wirtschaft eminent wichtig sind.

So schreibt die Stiftung jährlich bundesweit einen Wettbewerb zu speziellen Themen aus mit einer Preissumme von € 15.000.-, in diesem Jahr zum **Thema „Förderung von Zusatzqualifikationen in der kaufmännischen Berufsausbildung“**.

Die Preisträger werden durch eine unabhängige Jury ausgewählt, besetzt mit Ausbildungsleiter/innen der Sponsorfirmer und Vertretern der Kultus- und Wirtschaftsverwaltung.

Für das nächste Jahr 2009 ist das Thema: **„Förderung von e-Learning und selbstorganisiertem Lernen“**, für das Jahr 2010 das Thema: **„Qualitätsentwicklung an Kaufmännischen Schulen“** vorgesehen.

Die Ausschreibung erfolgt jeweils in der Septemбераusgabe der VLW-Bundeszeitschrift „Wirtschaft und Erziehung“, dem Namensgeber der Stiftung.

Zu jedem Wettbewerb gehört mindestens ein Multiplikatorenseminar, auf dem die Preisträgerschulen ihre prämierten Projekte anderen interessierten Schulen vorstellen. Das nächste Seminar zum diesjährigen Wettbewerb findet am 19./20. September 2008 in der dbb-Akademie Königswinter-Thomasberg statt.

Zur Stiftung gehört auch ein Freundeskreis von Förderern aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und natürlich unseren kaufmännischen Schulen, die bevorzugt Informationen aus dem Innenleben der Stiftung erhalten.

Sie sind herzlich eingeladen mitzumachen!

Manfred Weichhold
Vorsitzender

Der Vorsitzende erwähnter Stiftung und ehemalige Bundesvorsitzende des VLW, Manfred Weichhold, war am 5. März zu Gast in Dresden und informierte den Vorstand persönlich über die Tätigkeit der Stiftung. Er zeigte interessante Perspektiven auf, wie mittels einer Stiftung kaufmännische Bildungsprojekte qualitätserhöhend für den Unterricht wirken können.

Der Vorstand ist der Meinung, dass unser Verband die Stiftung aktiv unterstützen sollte. Bisher tun wir dies im Rahmen unserer Mitgliedschaft, die wir zu Beginn des Jahres 2008 eingegangen sind. Für die nächste Zeit betrachten wir es als Vision in Sachsen eine „Stiftungs-Zweigstelle“ ins Leben zu rufen. Wir werden Schulen und Studierende aktiv bei eventuellen Vorhaben unterstützen, sich an den ausgeschriebenen Stiftungswettbewerben zu beteiligen.

Impressum: 	LVBS– Geschäftsstelle in Sachsen Strehleener Platz 2 01219 Dresden ☎/Fax: 0351/473 52 88 (BSZ Elektrotechnik)	E-Mail-Adresse des Verbandes: kontakt@lvbs-sachsen.de www.lvbs-sachsen.de	Schriftleitung des LVBS-Sachsen: am.koehler@freenet.de Schriftleitung des Mitteilungsblattes: D. Böttcher
--	---	--	--

Beachten Sie bitte folgende Termine bei der Zusendung von Artikeln für das LVBS–Mitteilungsblatt:			
	07-08/2008	09-10/2008	11-12/2008
Redaktionsschluss:	6. Juni 2008	15. August 2008	10. Oktober 2008

Traditionen in unserem Berufsschullehrerverband

Auch in unserem Verband gibt es nicht nur Pflichten und Aufgaben.

Unser Frühlingsfest ist zu einem wichtigen, schönen und sehr beliebten Bestandteil geworden.

Vor **10 Jahren**, am 17.05.1998 wurde aus einer im Vorstand entwickelten Idee das erste Frühlingsfest des BLBS-Sachsen.

Wir charterten damals ein Schiff der Weißen Flotte und verbrachten sehr schöne Stunden auf „hoher See“ zwischen Dresden und Schmilka.

In den weiteren Jahren wurde im zyklischen Wechsel in den einzelnen Bezirken Veranstaltungen organisiert, die sich immer großer Beliebtheit erfreuten.



Hier zum Beispiel an der Kriebsteintalsperre,



oder 2002 in Görlitz.



Im Jahr 2001 wurde eine Stadtrundfahrt mit der Straßenbahn in Leipzig durchgeführt. Trotz etwas Skepsis am Anfang waren alle sehr begeistert.

2003 gings nach Oelsnitz ins Bergbaumuseum und im nächsten Jahr nach Leipzig zum MDR.

Dresden war 2005 wieder dran: Die VW-Manufaktur und SeaLive war das Ziel.

Zur Augustusburg fuhren wir 2006 mit dem Zug und konnten u. a. eine eindrucksvolle Falknervorstellung sehen.



2007 trafen wir uns im Zoo Leipzig und fühlen uns wie immer bei herrlichem Wetter sehr wohl unter den vielen Affen, Schlangen, Faultieren usw.

Und wie gehts weiter?

Im Mitteilungsheft stand die Einladung zum Frühlingsfest 2008:

Auf nach Dresden zur Besichtigung des Flugplatzes.

Gutes Wetter ist zugesichert, so dass der Weiterführung unserer schönen Tradition, dem Frühlingsfest unseres Berufsschullehrerverbandes nichts im Wege steht.

Berufsbildungspolitik

Wert der beruflichen Bildung nun anerkannt

„Seit Jahren fordert der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), genügend neue Lehrstellen zu schaffen und den Aufstieg über die berufliche Bildung zu verbessern“, so der Bundesvorsitzende des BLBS, *Berthold Gehlert*. „Wir begrüßen daher die Qualifizierungsoffensive des Bundeskabinetts, bedauern aber, dass die Wirtschaft auch im dualen System immer mehr auf staatliche Unterstützung setzt.“

Unter dem Titel „Aufstieg durch Bildung“ hat das Kabinett mehrere Maßnahmen gebündelt, um das deutsche Ausbildungswesen in seiner Qualität und Wirkung zu verbessern. Obwohl im Jahre 2007 wieder mehr als 600.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden, besteht dennoch Handlungsbedarf. „Wir halten es unter den gegebenen Umständen für richtig“, so *Gehlert* weiter, „dass das Bundesbildungsministerium nun endlich gemeinsam mit dem Arbeitsministerium das Konzept „Jugend – Ausbildung und Arbeit“ geschaffen hat, um in den nächsten drei Jahren 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerber zu schaffen.“ Als Altbewerber gelten die Jugendlichen, die sich bereits im Vorjahr oder früher vergeblich um eine Ausbildungsstelle bemüht haben. „Wir begrüßen insbesondere“, so *Gehlert*, „die Ausbildungsreife zu verbessern und Übergänge über den beruflichen Bildungsweg zum Studium durchlässiger zu gestalten.“

Verbessertes Ausbildungsplatzangebot

Betriebe, die einen als besonders förderbedürftig geltenden Altbewerber einstellen, sollen einen Ausbildungsbonus erhalten, der je nach Ausbildungsvergütung bis zu 6.000 € betragen kann.

Auch lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche sollen zu einem erfolgreichen Berufsabschluss geführt werden. Hierzu erhalten die Betriebe ausbildungsbegleitend sozialpädagogische Hilfen. Auch ist an den Einsatz von ehrenamtlichen Berufseinstiegsbegleitern als Paten für lernschwächere Schüler gedacht.

„Der BLBS befürchtet aber, dass durch den Ausbildungsbonus die Betriebe ihr Ausbildungsverhalten ändern können, und sich an die Zugaben des Staates gewöhnen werden“, so *Gehlert*.

Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Ausbildung

Die Einführung gemeinsamer Bildungsstandards in den Bundesländern kann ein wichtiger Schritt sein, um die Ausbildungsreife von Schulabgängern zu verbessern. Die Bundesagentur für Arbeit stellt in Kofinanzierung mit den Ländern für Praxisklassen an den Hauptschulen Finanzierungsmittel bereit. Jugendliche ohne Schulabschluss sollen mit dem Programm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ auf den Ausbildungsmarkt vorbereitet werden.

Aufstieg durch Bildung

„Leider fehlt im Augenblick in unserem Bildungssystem immer noch die Durchlässigkeit in den Hochschulbereich“, so *Gehlert* weiter. „Es ist gut, dass für Jugendliche, die eine berufliche Ausbildung mit einem hervorragenden Ergebnis abgeschlossen haben, ein nicht rückzahlungspflichtiges Aufstiegsstipendium vorgesehen ist, damit sie die Chance auf ein Studium erhalten. Damit wird endlich der Wert des beruflichen Bildungsweges anerkannt, der über die Berufsausbildung und die Berufstätigkeit zum Studium führt.“

Der BLBS fordert, dass die Länder für die zusätzlichen Schüler in den beruflichen Schulen mehr Ressourcen zur Verfügung stellen und ihren Teil zur Qualifizierungsoffensive beitragen. Dies ist staatliche Aufgabe! Dagegen ist die Wirtschaft ordnungspolitisch für die betriebliche Ausbildung im dualen System zuständig und nicht der Staat.

(BLBS - Pressemitteilung 01/2008)